

Die Reichstanzlerrede.

Die vor dem Ausschuss des Industrie- und Handels-tages gehaltene Rede des Reichstanzlers Stresemann hat in der ganzen Welt ein Echo gefunden, und vor allem in deutschen Kreisen die Empfindung ausgelöst, daß die Fäden der Regierung in festen Händen sind und energisch auf die Sanierung der inneren Lage hingearbeitet werden soll, ohne die eine erfolgreiche Außenpolitik unbenutzbar ist. Mit der Schaffung eines Devisenfonds zur Bildung werbender Zahlungsmittel und Aufbesserung der Finanzen gedenkt das neue Kabinett seine Innenpolitik einzuleiten und wird zu dem Zweck nicht vor dem Eingriff in die Vermögenssituation zurückbleiben, wobei es auf die freiwillige Unterstützung der Wirtschaftskreise rechnet. Der Kanzler versagte es sich, über Recht und Schuld mit Poincaré zu diskutieren, nachdem die Frage in der englischen Note so eingehend gewürdigt worden sei. Doch wies er auf die bisher von Deutschland geleisteten Reparationen von mehr als 42 Goldmilliarden hin, um darauf den Blick auf die Zukunft zu richten, weil es nötig ist, Mittel zur Beseitigung des Währungschaos zu finden. Besonders wichtig erscheint der persönliche Ton gegen die französische Regierung, der die Hand zur Verständigung geboten wird, allerdings unter Ablehnung der Ruhr und Rheins bedrohenden produktiven Pfänder, die, wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes, der Abergewinnung der rheinländischen Kohlen, der Bergwerke und Bestände im besetzten Gebiet. Es erklärt für Deutschland keine Rheinsandfrage im französischen Sinne. Demgemäß nimmt die Regierung mit Genugtuung die Erklärungen Frankreichs an, daß es weder politische Ziele verfolgen, noch Annexionsabsichten hege, und Deutschland hofft von einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland, daß sich die berechtigten Ansprüche der Gläubigerstaaten mit der Gewährung deutscher Entwicklungsmöglichkeiten, das heißt mit dem Recht auf Leben, werde vereinigen lassen.

Daß ein Staatsmann nach allem, was sich an der Ruhr ereignet hat, sich einer so beherrschten Sprache bedient, wird auf das Ausland seinen Eindruck nicht verfehlen, und es kommt jetzt auf die französische Regierung an, wie sie sich zu diesem Angebot: Gemeinsame Haftung ganz Deutschlands für die Reparationslast, ohne Sonderpfand des besetzten Gebietes, stellen will. Die übrigen Staaten haben sich mehrfach zu dem deutschen Standpunkt bekannt, dagegen hat Frankreich bis in die letzte Zeit hinein die Bestrebungen der rheinischen Separatisten unterstützt und die Kardinalfrage, die Befreiung des Ruhrgebietes, verneint, so daß wenig Anlaß zu Hoffnungen auf Entgegenkommen gegeben ist. Des weiteren hat der Reichstanzler sich mit der deutschen Zahlungsfähigkeit beschäftigt und einen Vergleich mit England gezogen, dessen Verpflichtungen gegen Amerika nur ein Bruchteil dessen ausmachen, was wir leisten sollen, während England zur Begleichung seiner Schuld ein Zeitraum von 62 Jahren zugewilligt ist. Demgegenüber ist an die durch den Verlust der Saar- und ober-schlesischen Kohle, der eisassischen Stahl- und Erzlager hervorgerufene finanzielle Schwäche Deutschlands zu erinnern, und der Kanzler wird auch im Auslande auf keinen Widerspruch stoßen, wenn er die Unmöglichkeit der Erfüllung französischer Überforderungen betont.

Aber womit sollen wir das Mögliche erfüllen? Mit der Schaffung werbender Zahlungsmittel, Einrichtung von Goldkonten bei der Reichsbank, mit werbenden Krediten und einer aktiven Handelsbilanz, Beschränkung auf die Einfuhr lebenswichtiger Stoffe und mit Förderung der Ausfuhr? Dazu gehört jedoch die Produktionssteigerung im Innern mit Überbordwerfen aller Barriereformen. Damit ist leise die Frage des Achtstundentages gestreift, und es bleibt seinen Verehrern überlassen, die Forderung nach Mehrleistung mit dem Festhalten an dieser Einrichtung zu vereinbaren. Opfer müssen gebracht werden. Das betrifft vor allem den Teil der deutschen Wirtschaft, der als produktives Pfand für die Durchführung der Reparationsverpflichtungen angeboten wird. Der Reichstanzler hat in Verbindung damit auf das vom Freiherrn vom Stein mit seinem Reformwerk gebrachte Opfer hingewiesen, und die Behauptung Poincarés, daß der preussische Staatsmann ein Vertreter des feindlichen Imperiums gewesen sei; seine Ideen hätten sich vielmehr auf den anfänglich gesunden Grundstufen der französischen Revolution bewegt. Besonders anerkennenswert ist Stresemanns Erklärung, er wolle seine Politik nicht auf die Erregung des Zwiespalt unter den Alliierten einstellen. Damit geht er allen Radenschlägen aus dem Wege, die sich für Deutschland aus einer Wiederaufrichtung der englisch-französischen Freundschaft ergeben könnten, und in dem Sinne der Friedensbereitschaft war auch sein Appell an die Völkerverständigung gehalten, mit dem er seine Ausführungen schloß. Sie sind in Paris als Anzeichen einer außenpolitischen Spannung der Situation aufgefaßt und haben besonders in London Beifall wegen ihrer Versöhnlichkeit gefunden, und wir wollen hoffen, daß sich die Deutschen im Auslande diese Tonart zum Beispiel nehmen.

Eine Verteidigungsrede des Reichsbankpräsidenten.

Der Zentralausschuss der Reichsbank hat am Sonntagvormittag zu einer Sitzung einberufen worden, in der ihm Bericht über den Fortgang der Maßnahmen, die die Reichsbank auf dem Gebiete des werbenden Kredites der werbenden Konten ergreift, erstattet werden sollen. Reichsbankpräsident Havenstein nahm hierbei Gelegenheit, sich über die gegen ihn gerichteten Angriffe gleichfalls mit zu äußern, die er, um es vorweg zu nehmen, als familiär unbeanstandet zurückwies.

Er wandte sich vornehmlich gegen die Hauptvorwürfe, die Reichsbank trage, wenn nicht die volle, so doch einen großen Teil der Schuld an der Währungszerstörung und der immer weiter wachsenden Inflation. So solle die Kreditgewährung der Reichsbank ein wesentlicher Grund der Inflation gewesen sein und man wies darauf auf den ansteigend großen und schnell anwachsenden Wechselbestand der Reichsbank hin. Dieser Wechselbestand ist zurzeit tatsächlich auf 49 Billionen Mark gestiegen, aber davon besteht rund ein Viertel auf Schecks und ganz kurzfristigen Wechseln, für die die Reichsbank überhaupt nicht als Kreditquelle, sondern lediglich als Inkassostelle in Betracht kommt. Die auf die verbleibenden Kreditwechsel gewährten Kredite betragen, geschätzt nach der Zeit der Diskontierung, kaum mehr als 100 Millionen Friedensmark gegenüber einem Friedensportefeuille von rund einer Milliarde, und auch unter ihnen ist noch ein beträchtlicher Teil, der zwar der Privatwirtschaft, aber ausschließlich im Reichsinteresse und aus politischen Gründen, oder, insbesondere an Kommunen zur Beschaffung von Räumungsmitteln oder Rohlen gewährt worden ist. Die Grundursache der Inflation ist, soweit dies nicht auf der Zahlungsbilanz beruht, das hemmungslöse Wachsen der schwedischen Schuld.

Mit der Anerkennung des Grundfaches, daß neue Ausgaben des Reichs auch neue Einnahmequellen erfordern, und daß die Stilllegung der Notenpresse im Vordergrunde jeder Finanzpolitik in Reich und Ländern stehen muß, ist auch der Weg frei geworden zur Aufnahme innerer werbender Anleihen. Auch hier soll die Reichsbank sich dem widersetzen und schon im vorigen Jahre die auf solche Geldanleihen gerichteten Vorschläge sabotiert haben. Auch das ist tatsächlich völlig unzutreffend. Zum Schluß wandte sich Präsident Havenstein besonders noch den sogenannten Goldkredit und Goldnoten an. Er teilte hierzu mit, daß sie die sogenannten werbenden Kredite bei sich wie auch bei den Darlehnsstellen eingeführt hat. Die Einzelheiten hierüber sind bereits zum größten Teil bekannt gegeben worden. Wie von dem Reichsbankpräsidenten weiter ausgeführt wurde, sei die Rückkehr aber auch nur Unbedenklichkeit einer allgemeinen Goldrechnung unter heutigen Verhältnissen noch keineswegs erwiesen, und es sei wenig abzusehen, ob und wie weit die Wirtschaft eine solche Verschuldung in Goldmark tragen kann, ohne daß zahlreiche wichtige Existenzen gefährdet werden. Die Reichsbank muß jetzt das bisher Geschehene und Eingeleitete als erste Anfänge bezeichnen, ganz abgesehen davon, daß eine Befundung unserer Geld- und Währungsverhältnisse mehr voraussetzt als einige Maßnahmen auf diesem Spezialgebiet.

Inland und Ausland.

Der Reichstanzler in München. Reichstanzler Dr. Stresemann ist am Samstagabend mit dem fahrplanmäßigen Zuge in München eingetroffen und hat sich mittels Kraftwagens zum Besuch des Ministerpräsidenten von Kulling nach Wittensdorf begeben.

Die neuen Reichsarbeiterlöhne. Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Reichsarbeiter haben folgendes Ergebnis gehabt: Für die Woche vom 12. bis 19. August werden auf die Löhne der laufenden Woche noch 30 Prozent gewährt, außerdem sollen 10 Prozent des Lohnes der laufenden Woche am nächsten Dienstag für die laufende Woche nachgezahlt werden. Die Löhne für die Zeit vom 26. August bis 1. September werden am Dienstag, den 28., vereinbart werden.

Das Schicksal Eupen-Malmédy. Aber das Schicksal der Kreise Eupen, Malmédy und St. Vith schreibt die „Libre Belgique“, daß die drei Kreise wahrscheinlich getrennt werden sollen. St. Vith mit etwa 16 000 Einwohnern soll zu Luxemburg kommen, während Eupen und Malmédy mit rund 50 000 Einwohnern dem Arrondissement Verdun angegliedert werden sollen.

Vorübergehende Aufhebung der Verkehrsperre. Nach Anschlägen an den Grenzbahnhöfen beabsichtigen die Franzosen die Verkehrsperre für den 25. und 26. August für die Ein- und Ausreise aufzuheben, vom 27. August ab aber im verschärften Umfange erneut einzuführen zu lassen.

Ende der Aussperrung im Ruhrgebiet. Auf den meisten Zeichen, auf denen die Aussperrung angekündigt war, ist am Freitag die Belegschaft wieder vollständig zur Arbeit erschienen. Nur auf einer geringen Anzahl von Zeichen des Essener Reviers dauern die Konflikte noch an.

Der kroatische Separatismus. Der Klub der kroatischen republikanischen Bauernpartei hat beschlossen, alle Beziehungen mit Belgrad abzubrechen und Rudić zur Einleitung einer, wie es in dem Beschluss heißt, diplomatischen Aktion zur Vertreibung der separatistischen Bestrebungen des kroatischen Blocks zu ermächtigen.

Der Beamtenabbau in Osterreich. In Verfolg des Beamtenabbauprogramms der deutsch-österreichischen Regierung sind in der Zeit vom 14. Juli bis zum 12. August wieder 916 Beamte zur Entlassung gekommen.

Serbischer Überfall auf Dänische. Der „Grazzer Tagespost“ wird aus Krasna gemeldet: Ungefähr 40 serbische Nationalisten griffen Mitglieder des deutschen Kulturverbandes an und verletzten mehrere schwer. Der Präsident des deutschen Kulturverbandes wurde tödlich verwundet. Der Führer der serbischen Nationalisten wurde verhaftet.

Wiederaufnahme der Sackleistungen an Eisenwaren. Der deutsche Geschäftsträger in Belgrad ersticht am Freitag beim Gehilfen des Ministers des Äußeren Garrilovic und stellte schon für die nächste Zeit die Wiederaufnahme der Lieferungen in Aussicht. In Betracht kommen zunächst Lokomotiven und Waggonen.

Premierminister Rato t. Der japanische Premierminister Rato ist in Tokio gestorben.

Japans Abklärung zur See. Der japanische Gesandte in London hat folgende Mitteilungen gemacht: Entsprechend den Klauseln des Washingtoner Vertrages hat Japan sechs Panzerschiffe und fünf Kreuzer außer Dienst gestellt. Die Zahl der augenblicklichen in Bau befindlichen Schiffe beträgt drei Geschwaderkreuzer, von denen jeder 7100 Tonnen verdrängt, fünf andere Kreuzer je 5500 Tonnen und schließlich drei Kreuzer zu 3100 Tonnen. In Ausführung der Bestimmungen des Washingtoner Vertrages wurden zwei Panzerkreuzer in Transportschiffe umgewandelt. Weiter werden aufgeführt sieben Torpedobootzerstörer mit je 1400 Tonnen, vier Torpedobootze zu 900 Tonnen. Was die Unterseeboote anbelangt, so ist ihre Tonnage noch nicht festgesetzt. Schließlich werden noch vier Kanonenboote zu je 338 Tonnen sowie fünf kleine Kriegseinheiten genannt.

Die Räumung Konstantinopel. Wie die Lontoner Blätter melden, sind nun auf die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Nationalversammlung in Angora hin schnelle Maßnahmen zur Räumung des türkischen Gebietes erfolgt. Drei Truppentransporte haben Konstantinopel Freitagabend verlassen. Die britischen Geschiffe werden eingeschifft.

Steuerzahlungen im August.

Vom Reichsfinanzministerium wird nun Verbreitung nachfolgender Mitteilungen über die Steuerzahlungen im August erlauft:

1. Als erste Rate der Brotversorgungsgabgabe ist zu zahlen das Dreifache der Zwangsanleihe bei der zuständigen Finanzkasse.
 2. Alle diejenigen Personen, die im Jahre 1922 hauptsächlich Einkommen aus Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, aus Kapitalvermögen (mit Ausnahme der Erträge auf deutsche Währung lautender festverzinslicher Werte), aus Wirtschaftskontakten und aus Grundbesitz bezogen haben, müssen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres vorjährigen Einkommens ein Viertel der Einkommensteuer für 1922 mal 400, d. h. das Hundertfache der Jahressteuer für 1922, als Vorauszahlung für 1923 zahlen.
 3. In Höhe des doppelten Betrages der Vorauszahlungen (also Jahressteuer für 1922 mal 200) ist die erste Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe zu zahlen.
 4. Bei einem Abschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde gelegt hat, hat die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer und die Rhein-Ruhr-Abgabe nochmals zu verwerkeln.
 5. Alle diejenigen Personen, deren Einkommen 1922 hauptsächlich aus Erträgen auf deutsche Währung lautender festverzinslicher Werte, aus Gehalt und Arbeitslohn, aus Einnahmen aus freiem Beruf, aus Spekulationsgewinnen und dergl. bestanden und mehr als 1 Million Mark betragen hat, haben als erste Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe ein Viertel der Einkommensteuer für 1922 mal 100, d. h. also das Hundertfache ihrer Einkommensteuer für 1922 zu zahlen. Lohnempfänger dürfen den Betrag, der ihnen im Jahre 1922 als Steuerabzug einbehalten ist, von der Gesamteinkommensteuer abziehen.
 6. Erwerbssteuern.
 7. Als erste Rate der Brotversorgungsgabgabe ist der sechsfache Zwangsanleihebetrag bei der Finanzkasse zu zahlen.
 8. Gemeinsame Vorschriften.
- Bei diesen Steuern zu zahlen, daß sie bis 31. August auf Konto der zuständigen Kasse seien, hat Nachteil nicht zu befürchten. Bei später eingehender Zahlung tritt für je angefallene 15 Tage Verspätung ein Verzugszuschlag von 400 Prozent des Rückstandes hinzu.
- Im eigenen Interesse der Steuerpflichtigen liegt es, bei den Zahlungen die Art der Steuer, das Kassenzettel sowie Name und Adresse genau anzugeben. Es empfiehlt sich auch eine kurze Mitteilung über die geleisteten Zahlungen an das Finanzamt.

Verchiebung der Zollgrenze.

Die Franzosen haben am Freitag morgen 8 Uhr die Zollgrenze bis über die Strecke Ramberg—Eshofen—Limburg hinausgeschoben, so daß die ganze Strecke von Höchst über Idstein nach Limburg jetzt ins besetzte Gebiet fällt. In dem Eisenbahnbetrieb haben die Franzosen vorläufig noch nicht eingegriffen, doch ist im Bahnhof Staffels bereits ein Fahrplan angeschlagen worden, in dem die Einrichtung einer direkten Linie Limburg—Höchst angekündigt wird.

Die Vereitelung der Kohlentransporte.

Den bestehenden Verfügungen über die Beschlagnahme der Brennstoffvorräte und die Unterbindung des Kohlenverkehrs haben die Befugungsbehörden jetzt die Beschlagnahme 61 folgen lassen, die eine Verschärfung der bisherigen Bestimmungen darstellt. Die neue Verfügung erklärt Kohlen, Koks und Nebenprodukte schon gleich bei der Förderung bzw. Herstellung für beschlagnahmt, mit Ausnahme der Mengen, die für die Förderung selbst gebraucht werden. An den Beständen dieser Erzeugnisse darf keine Verarbeitung und keine Veränderung als die Hinzufügung von Produkten derselben Art vorgenommen werden. In gewissen Ausnahmefällen kann der Präsident der interalliierten Kontrollkommission der Häfen und Bergwerke die Ermächtigung erteilen, die Bestände zu verarbeiten oder einen Teil wegzunehmen. Bewerberhandlungen werden mit einer Mindeststrafe von 100 000 Goldmark und 5 Jahren Gefängnis bedroht. Die Verfügung verbietet außerdem noch einmal die Verwendung von Häfen und Hausbrandzwecken.

Der Transport von Nebenprodukten ist nur gestattet mit einem Passierschein der Kontrollkommission für Häfen und Bergwerke. Alle Kontrollen und Wachposten, wie Feldgendarmen und die Agenten der Eisenbahn, Flotten- und Luftverwaltung werden aufgefordert, sich von dem Vorhandensein eines Passierscheines zu überzeugen. Transporte ohne Passierscheine verfallen der Beschlagnahme, ebenso auch die betreffenden Fahrzeuge.

Unterbindung der Milchzufuhr.

Wie die Darmstädter Stadtverwaltung mitteilt, ist

seit Freitag
auf Geh
terbun
ist daher
worden.

Die Re

Die A
nach Anfr
schte frau
inbrett
richtig wa
Kreife er
wollen un
ist e
sein Auge
sein müß
problem,
den bilde
Da n
göfliche R
mentare
sich. We
Unterhalt
Verständ
berartigen
hohen wi
bindung
Sprache
Amortisie
göfliche
neigt, sic
wodurch
eingezog

Offen

Offen
Erfolge
ten über
wist
aus Ma
rium
besten
nisterat
mittags
rifen
Schw
ben, un
hörden
herjusst
Eguldig
Her
Bild
Kreid
Kreid
verfucht
Revo
seuer
barmer
Die Po
arbeiter
wollten.

Über

über
Borne
griff n
Stellun
I
vorläu
sie ein
von d
E
Leand
waren
weil
als
aus
einen
man
den
Racht
mit
getret
ander
fallen
fo
tieffe
Wart
hoff
bett
Wie
Wahel

Leand

Leand
waren
weil
als
aus
einen
man
den
Racht
mit
getret
ander
fallen
fo
tieffe
Wart
hoff
bett
Wie
Wahel

fo et

fo et
tieffe
Wart
hoff
bett
Wie
Wahel

Das

Das
las
enig
matt

Wia

Wia
las
enig
matt

seit Freitag früh die Zufuhr von Milch aus dem städtischen Gut Gehorn durch die Franzosen gänzlich unterbunden. Die Versorgung der Kinder mit Milch ist daher bis auf weiteres vollständig eingestellt worden.

Die Regelung der alliierten Schulden.

Die „Morningpost“ meldet aus Washington, daß nach Ansicht amerikanischer Korrespondenten in Paris die letzte französische Note nicht nur an die englische, sondern indert auch an die amerikanische Regierung gerichtet war. Man glaube, daß die offiziellen französischen Kreise erst die Wirkung der Note auf Amerika abwarten wollen und daß man mit besonderem Interesse die Möglichkeit einer internationalen Konferenz in sich Auge fasse, bei der die Vereinigten Staaten vertreten sein müßten und deren Programm nicht das Reparationsproblem, sondern die Frage der alliierten Schulden bilden soll.

Da noch keine offizielle amerikanische Stelle die französische Note zu Gesicht bekommen habe, so wären Kommentare über die amerikanische Auffassung noch nicht möglich. Aber, so schreibt die „Morningpost“, man habe nach Unterhaltungen mit einigen maßgebenden amerikanischen Persönlichkeiten den Eindruck, daß der Vorschlag einer derartigen Konferenz in Washington auf Widerstand stoßen würde. Man würde sich dort nur unter der Bedingung auf eine Verhandlung einlassen, wenn diese Ausdrücke zwischen der amerikanischen Kommission für die Amortisierung der Schulden und einer entsprechenden französischen Organisationskommission stattfinden. Man setze sich nicht geneigt, sich in die internationalen Konflikte einzumischen, wodurch Amerika in die europäischen Angelegenheiten hineingezogen werden würde.

Unruhen in Spanien.

Während Spanien in Marokko vor einigen Tagen die Offensive gegen die Aufständigen begonnen und nach einigen Erfolge erzielt hat, kommen aus dem Lande erste Nachrichten über Reutereien von Truppen und baskischen militärischen Anschlägen. Nach einer Havasmeldung aus Madrid ist dort Donnerstagabend im Kriegsministerium plötzlich ein Ministerrat abgehalten worden. Nach dessen Beendigung teilte der Ministerpräsident mit, der Ministerrat habe über einen Zwischenfall beraten, der sich nachmittags in Malaga ereignet habe. Dort hätten Infanteristen, die nach Melilla an Bord gehen sollten, Schwierigkeiten gemacht. Es sei geschossen worden, und ein Offizier sei getötet worden. Den Militärbehörden sei es gelungen, die Disziplin und die Ruhe wiederherzustellen. Die Soldaten seien an Bord gegangen. Die Schuldigen würden bestraft werden.

Ferner wird gemeldet: Die kommunistischen Arbeiter in Bilbao versuchten am Freitag aus Solidarität für die streikenden Bergarbeiter einen 24-stündigen Generalstreik durchzuführen. Als ihnen das nur teilweise gelang, versuchten sie, den Straßenbahnverkehr zu stören. Es wurden Revolverschläge auf die Straßenbahnen abgefeuert, wobei ein Fahrer getötet wurde. Die Generalstreiker feuerten gleichfalls und verletzten mehrere Angreifer. Die Polizei verhinderte das Eindringen streikender Bergarbeiter in die Stadt, die dort Demonstrationen veranstalten wollten.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Die neuen Bergarbeiterlöhne. Die Durchschnittslöhne im Bergbau wurden je Schicht durch Schiedsgericht wie folgt festgelegt: Für die Woche vom 18. bis 20. August in Westfalen: 4 188 874 Mark, vom 20. bis 22. August: 6 888 886 Mark; Rheinischer Braunkohlenbezug: 4 158 874 und 6 888 886 Mark; Ibbenbüren: 8 078 847 und 4 004 784 Mark; Niederschlesischer Braunkohlenbezug: 2 958 882 und 4 504 186 Mark; Sachsen: 8 202 884 und 4 874 870 Mark; Niederschlesien: 8 079 788 und 4 874 878 Mark; Oberschlesien: 8 872 641 und 5 074 894 Mark; Mitteldeutscher Braunkohlenbezug: 8 015 212 und 4 598 198 Mark.

Die Einzahlung der Lohn- und Betriebssteuer.

Von zuzähliger Seite wird mitgeteilt: Vom 1. September 1923 ab werden die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn wiederum erhöht, und zwar auf das Fünffache der für August geltenden Höhe. Sie betragen von diesem Zeitpunkt an:

- a) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 360 000 Mark (bisher 24 000 Mark), wofür sich je 86 400 Mark (bisher 5 760 Mark),
- b) für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 2 400 000 Mark (bisher 160 000 Mark), wofür sich 576 000 Mark (bisher 38 400 Mark),
- c) für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 3 000 000 Mark (bisher 200 000 Mark), wofür sich 720 000 Mark (bisher 48 000 Mark).

Die einzubehaltenden Steuerbeträge sind in jedem Fall auf volle tausend Mark nach unten abzurunden. Die Fristen für die Verwendung der einbehaltenen Beträge, d. h. beim Marxverfahren für das Einleihen und Entwerfen der Steuermarken in den Einlagebogen der Steuerbücher, beim Überweisungsverfahren für die Abführung der einbehaltenen Beträge an die Finanzkasse, sind vom 1. September 1923 ab verlängert worden.

In den Fällen, in denen das Finanzamt bisher auf Antrag genehmigt hatte, daß die Verwendung monatlich einmal (bis zum 10. eines Monats) bzw. zweimal (bis zum 10. und 20. eines Monats) erfolge, sind künftig:

- a) die Beträge, die in der Zeit vom 1. bis 10. eines Monats einbehalten worden sind, spätestens bis zum 15.,
- b) die Beträge, die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einbehalten worden sind, bis zum 25. und
- c) die Beträge, die in der Zeit vom 21. bis zum Schluss eines Monats einbehalten worden sind, bis zum 5. des folgenden Monats zu entrichten.

Dies gilt also in gleicher Weise für das Marxverfahren wie für das Überweisungsverfahren. Bei Fristverlängerungen sind Zuschläge in Höhe des Vierfachen des Rückstandes für jeden angefangenen halben Monat zu veranlassen. Auf Grund des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe haben Industrie-, gewerbliche und Handelsbetriebe zu den oben bezeichneten Terminen außerdem das Doppelte der in den vorhergehenden Monatsabläufe einbehaltenen Steuerabzugsbeträge als besondere Arbeitgeberabgabe, erst malig am 15. September für die Zeit vom 1. bis zum 10. September 1923, zu entrichten. Diese Abgabe ist auch von denjenigen Arbeitgebern, die für ihre Arbeitnehmer Steuermarken verwenden, in bar oder durch Überweisung an die Kasse des Finanzamtes der Betriebsstätte oder die vom Landesfinanzamt bezeichnete Kasse abzuführen. Gleichzeitig haben diese Arbeitgeber die Kasse eine Bescheinigung zu überreichen, in der vermerkt wird, daß die abgeführten Beträge das Doppelte der in der Zeit (Monatsabläufe) für die Abführung erfolgt, vom Arbeitslohn einbehaltenen Steuerbeträge aus

macht. Die Bescheinigung ist vom Arbeitgeber oder von einer zur Vertretung seiner Firma rechtmäßig beauftragten Person zu unterzeichnen. Fristverlängerung hat auch hier die oben bezeichneten Folgen.

Neue Maßnahmen gegen die Devisenspekulation.

Im „Reichsanzeiger“ erscheinen, wie B. N. N. den zuständigen Stelle erfährt, demnächst weitere Ausführungsbestimmungen zur Valutaspekulationsverordnung.

In Zukunft darf ein Betrieb nur noch den Betrag an Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung halten, dessen er zur Fortführung innerhalb zweier Monate im durchschnittlichen Umfang der Monate Mai bis Juni 1923 bedarf. Darüber hinaus dürfen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen gegen Reichsmark oder Wertpapiere, die auf Reichsmark lauten, auf Grund einer Handelskammerbescheinigung nicht erworben werden. Die Frist von zwei Monaten kann verlängert oder verkürzt werden. Hierfür sowie für die Bewilligung von Ausnahmen und den Erlaß von Richtlinien über die Beauftragung des Reichswirtschaftsministeriums für Devisenprüfung zuständig. Wer ausländische Zahlungsmittel erwirbt, muß also nachweisen können, daß ohne diesen Erwerb eine Störung seines Betriebes innerhalb der nächsten zwei Monate eintreten würde, widrigenfalls er sich strafbar macht.

Die Bestimmung des § 5 der Ausführungsbestimmungen, die den Umtausch von Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung schlechthin zuläßt, ist dahin eingeschränkt, daß Devisen nur nach Zustimmung des Finanzamtes in Geldsorten umgewandelt werden dürfen. Auch Auszahlungen von einem Währungskonto dürfen nur noch mit Zustimmung des Finanzamtes in Reichsmark erfolgen. Zuwiderhandlungen sind strafbar. Die Bestimmung des § 3 Abs. 1 Nr. 5 der Ausführungsbestimmungen vom 8. Mai 1923 ist dahin erweitert, daß Zahlungen in ausländischer Währung auch zugelassen ist bei Dienst- oder Werkverträgen an Bord von Schiffen auf hoher See oder auf Seewasserstraßen, soweit diese nicht vorwiegend der inländischen Küstenschifffahrt dienen.

Mit Strafschutz umkleidet worden ist ferner das Unterlassen der Führung des Devisenbuchs sowie die Nicht-, nicht rechtzeitige oder unvollständige Einreichung der Buchstaben aus dem Devisenbuch.

Berliner Brief.

Wenn die Berliner Zeitung und Tätigkeit haben, sich auf sich zu bestimmen, wenn ihnen das Studium des Auslandes, oder das „Ansehen“, oder das Studium der sich täglich, ja stündlich ändernden Preise, wenn ihnen die Betrachtung der so leeren Schauseen der Zeit dazu läßt, so können sie darüber ins Klare kommen, was aus der einstmals so stolzen, so stehenden Reichshauptstadt geworden ist. Wir wollen hier die „Schuldfrage“ nicht erörtern, aber so sicher wie der Satz ist kein anderer, als Berlin ist eine Art Inferno geworden. Am besten kann man das entsetzliche Durcheinander, die totale Hilflosigkeit, das Unvermögen der städtischen Behörden in der Gasfrage, die jetzt die ganze Berliner Bürgererschaft in schwerste Erregung versetzt, erkennen. Die Tarife wurden in die Höhe geschraubt und zwar sollte, in der Dunkelstimmungszeit, wie man spottweise sagt, durch die sogenannte Werkspekulation, nicht etwa durch die Stadtverordnetenversammlung, die Festsetzung der Preise auf Grund des

Wenn alle Jungen Mädchen...

(M. Grottel)

Neugierig riß sie den Umschlag auf. Beim Lesen überflog glühende Rote ihr Gesicht und Tränen des Hornes glänzten in ihren Augen. In gemeinsamer Weise griff man ihre Ehre an, verdächtigte man sie in ihrer Stellung im Hause Markhoff.

Im Geiste ließ sie alle ihre Bekannten an sich vorbeiziehen. Da war niemand unter ihnen, dem sie eine solche Schledrigkeit zutrauen konnte. Jeder im Kontor war freundlich und herzlich zu ihr. Nein, von denen war es keiner gewesen.

Wie ein Blitz erleuchtete sie da die Erkenntnis: Leander Uhlitz und seine Schwester. Die beiden allein waren einer solchen feigen Handlungsweise fähig, weil sie Groll und Haß gegen sie, Monika, in mehr als genügendem Maße hegten.

Und wie raffiniert. Man hatte gedruckte Worte aus Zeitungen oder Büchern herausgeschnitten, sie auf einen gewöhnlichen weißen Briefbogen geklebt, so daß man durch die Handschrift nicht verraten werden konnte.

Mit einem Gefühl des Ekel schleuderte Monika den Brief zu Boden. Aber doch hatte er ihr die Nachtruhe genommen.

Sie überdachte ihre Stellung bei Markhoff. Nie mit einem Wort nur war ihr der junge Chef zu nahe getreten. Sie hatte täglich ihre Pflicht erfüllt wie die andere, hatte keinerlei Anlaß zur Kritik durch auffallendes Betragen gegeben und — nun das!

Nur ausgemachte Bosheit konnte darauf verfallen, so etwas Ungehörliches auszuwenden.

Das, was sie als ihr größtes Heiligtum und tiefstes Geheimnis gehütet hatte, ihre Liebe zu Robert Markhoff, hatte man geschäftig besudelt.

Konnte sie noch dort in dem Hause bleiben? Sie hatte ihre Unbefangtheit gegen Robert Markhoff verloren. Sie zitterte, wenn sie an die Möglichkeit dachte, daß er um ihre Liebe erfahren könne. Wie mittelalt mußte er über die kleine Kontoristin stehen, die die Augen zu ihm erhob.

Nein, es war besser, sie gab ihre Stellung auf. Und wenn sie sich nun mit Otto Ladevig verlobte? Dann wäre ja allem Gerücht Trost gegeben.

Ueberwacht und müde kam sie am nächsten Tage ins Geschäft. Sie merkte, daß Robert Markhoff sie seitige Male prüfend ansah, als ihre Stimme gar so weit klang.

Um die Mittagszeit schloß sich ihr Herr Ladevig an.

„Sie gefallen mir heute gar nicht, Fräulein Denning“ meinte er, besorgt in ihr blaßes Gesicht blickend.

„Ich habe etwas Kopfschmerz, Herr Ladevig, weil ich die ganze Nacht nicht geschlafen habe.“

„Es ist zuviel für Sie gewesen. Sie sind einfach überarbeitet. Und so kann das nicht weitergehen. Ein so zartes Mädchen wie Sie hält das gar nicht aus; ich werde es dem Junior sagen.“

„Nein, nein!“ wehrte sie angstvoll ab.

„Ich sehe zu, daß ich jetzt eine halbe Stunde schlafen kann, dann ist's wieder gut. Künftigsten Sie sich also nicht, Herr Ladevig.“

„Es wäre am besten, wenn Sie einmal acht Tage ausspannten. Herr Markhoff wird Ihnen das gern erlauben.“

„Ach, sprechen Sie doch nicht so! Sie wissen am besten, was jetzt alles zu tun ist.“

„Eben darum! Sie dürfen Ihre Gesundheit nicht aufs Spiel setzen. Und für die paar Tage übernehme ich Ihre Arbeit gern mit! Am liebsten freilich würde ich sehen —“, er brach kurz ab und wurde rot. Das war zu weit gegangen. Aber freilich, was das Herz voll ist —

Fragend hob sie die dunkelblauen Augen zu ihm empor.

„Was denn, Herr Ladevig?“

Und dieser freundliche Blick, das Lächeln, diese Anlehnungsbedürftigkeit an dem sonst so sicheren und in sich gefestigten Mädchen machten ihm Mut, das auszusprechen, was ihm schon lange im Sinn lag.

„Ja, Fräulein Monika, am liebsten freilich würde ich sehen, wenn Sie überhaupt nicht mehr ins Kontor gingen, sondern, daß Sie — daß Sie meine liebe Frau würden!“

Stöckend hatte er das letzte herausgebracht und, selbst erschrocken über seine Kühnheit, sah er Monika an, wie sie seine Worte aufnehmen würde.

„Otto Ladevig liegt vor Freude das Blut in das Gesicht. Wenn sie sich nicht auf der Straße befunden hätten, hätte er einen Luftsprung machen können, so beglückte ihn das einfache Wortchen.“

Er griff nach ihrer Hand, die er heftig drückte.

„Monika, wie danke ich Ihnen! Nun werde ich mit doppelter Freude arbeiten. Und mit dem Heiraten warten wir auch nicht mehr; ich bin das Jungeselleneben und das Gasthausleben überdrüssig und nehme mich nach einem eigenen Heim. Ich habe ein kleines Vermögen, und Herr Markhoff wird auch zusehen. Neulich sagte er, es soll eine Lebensstellung für mich sein, und Prokurist würde ich auch in nicht allzu ferner Zeit.“

„Glauben Sie denn noch an eine Zukunft für Sie im Hause Markhoff?“ fragte sie langsam und schwer.

Er hatte in seinem Blick ganz verhasst, daß er mit der Krise im Hause Markhoff zu rechnen hatte. Einen kleinen Dämpfer bekam seine Freude dadurch.

„Wir müssen abwarten, Monika, und das Beste hoffen. Uebermorgen früh wird der alte Herr doch zurückerwartet. Offensichtlich bringt er Gutes! Wenn Keilmann einspringt, sind wir über den Berg.“

„Ja, wenn! Ich glaube es aber nicht“, sagte sie leise, „sonst hätte er damals schon geantwortet.“

„Dann bleibt uns noch immer Heinrich Böllke. Hätte der Alte sich eher darum gekümmert, wäre es nicht so weit gekommen. Und wenn die junge Frau Markhoff nicht so hartnäckig jede Hilfe verweigert hätte. Es ist unbegreiflich, wie sie so handeln kann; aber das sind so die Ehen bei den vornehmen Leuten. Jeder geht da seinen Weg für sich. Nicht wahr, wir werden es anders halten?“

Sie waren vor Monikas Wohnung angelangt.

Das junge Mädchen blieb stehen und reichte ihm die Hand.

„Adieu einfallen, Herr Ladevig.“

„Herr Ladevig?“ Wortwurfsvoll wiederholte er ihre heimliche Anrede.

Sie lächelte verlegen.

„Otto“, sagte sie leise, abgerund. Wie schwer fällt doch der Name von ihren Lippen. Einen anderen hätte sie so viel leichter nennen können.

Er konnte sich noch gar nicht von ihr trennen. Verlangend sah er auf ihren blauen, schönen Mund.

„Monika, darf ich dich nachher abholen? Wir haben doch so manches zu besprechen.“

Er räusperte sich ein wenig.

„Run bist du doch meine Frau.“

